



Medienkommentar

Schweizer Bundesrat gekauft?



Die Schweizer Bürger machten mit einer groß angelegten Initiative und der darauffolgenden Volksabstimmung vom 9. Februar. 2014 gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung von ihrem Recht auf die direkte Demokratie Gebrauch.

Herzlich willkommen auf Kla.TV, heute aus dem Studio St. Gallen.

Die Schweizer Bürger machten mit einer groß angelegten Initiative und der darauffolgenden Volksabstimmung vom 9. Februar. 2014 gegen die unkontrollierte Masseneinwanderung von ihrem Recht auf die direkte Demokratie Gebrauch. Erstaunlicherweise ergaben sich daraus keinerlei Konsequenzen und der Bundesrat weigerte sich, diesen klar ausgesprochenen, nach der Abstimmung rechtlich gültigen Volksentscheid sogleich in die Tat umzusetzen. Es folgten weitere zahlreiche Bemühungen vom Schweizer Volk und einigen Politikern, den Bundesrat darauf aufmerksam zu machen, dass es rechtlich gesehen seine Aufgabe wäre, den klar ausgesprochenen Volkswillen umzusetzen. Keine Reaktion! Als Antwort hörte man in den Massenmedien nur Verunglimpfung der SVP und demokratisch gesehen völlig unhaltbare, laute Töne von "völkerrechtswidrig" oder der Abstimmungsentscheid sei nicht "gemäß EU-Recht".

Heute – 1 ½ Jahre später - stehen wir mitten in dieser Flüchtlingsflut, die uns aus den NATO-Kriegsgebieten täglich erreicht und noch lange nicht ans Ende gekommen ist. Daraus ergibt sich nur eine einzige Frage: Sind diese Ereignisse ein Indiz dafür, dass auch unsere Bundesräte gekauft sind? Ist diese Null-Reaktion auf den klaren Abstimmungsentscheid gegen die Masseneinwanderung aus dem Vorauswissen der geplanten Flüchtlingsflut entstanden?

Handeln unsere Bundesräte - anstatt im Auftrag des demokratischen Volkswillens - bereits im Verbund mit den Globalstrategen? Müssten sie nicht dringendst abgewählt werden, da die genannten Globalstrategen gerade die ganze Welt verwüsten? Aus der noch immer blühenden Schweiz würde ansonsten langsam, aber gezielt ein zweites Libyen werden, das vor dem Angriff jener Globalstrategen ebenfalls noch blühte. Sehen Sie dazu die aktuelle kla.tv-Sendung vom 8.09.2015 über die gewaltigen Errungenschaften Libyens.

Gehört auch der jüngste politische Vorstoß, den Flüchtlingen unentgeltlichen Rechtsdienst zur Verfügung zu stellen, wie man den SRF Nachrichten vom 9.9.2015 entnehmen konnte, zu diesem großen Plan? Eine Stunde Rechtsdienst bei einem Anwalt kostet einen Schweizer Klienten ca. 350.- bis 500.- Franken. Mit anderen Worten: Soll sich künftig jeder Flüchtling das leisten können, was sich ein normaler Schweizer Bürger nicht leisten kann? Und weshalb?

Um auf diese brisanten Fragen eine Antwort zu finden und sich eine eigene Meinung bilden zu können, empfehlen wir Ihnen, unseren neusten Dokumentar-Film "Instrumentalisierende Kriegsführung" immer aufs Neue zu studieren.

Guten Abend.

von as.

Quellen:

Das könnte Sie auch interessieren:

#BundesratCH - Der Schweizer Bundesrat und seine Doppelmoral ... -
www.kla.tv/BundesratCH

#Schweiz - www.kla.tv/Schweiz

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.